

# Die Querköpfe

https://senioren-berlin.verdi.de/branchen/medien-kunst-industrie  
Zeitung der Seniorinnen und Senioren im Fachbereich 8  
Medien, Kunst und Industrie Landesbezirk Berlin-Brandenburg



5. Jahrgang | Nr. 3 | August 2017

Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Rentenentwicklung

## „Deutschlands Rentner haben es gut“

Von Wolfhard Besser

„Deutschlands Rentner haben es gut“, konstatierte kürzlich die Bertelsmann-Stiftung und relativiert im selben Atemzug: bisher. Gegenwärtig lebten Deutschlands Rentner im internationalen Vergleich nahezu paradisiatisch. Dies werde nicht so bleiben, prophezeit die Stiftung. Wissenschaftler vom Deutschen

wirtschaftsinstitut hätten Anrecht auf Grundsicherung. Diese Fakten haben nach der Publikation der Studie in den Medien große Aufmerksamkeit erregt. Das immerhin ist neu. Wenn sich zuvor Sozialverbände, ver.di und andere Gewerkschaften zum Thema „drohende Altersarmut“ zu Wort meldeten, wurden sie von den

Medien fast nicht zur Kenntnis genommen – und die Bundesregierungen legten Ignoranz an den Tag. Erst Bundesministerin Nahles (SPD) machte sich dieses Thema letztes Jahr zu eigen – mit Blick auf die Bundestagswahl?

Was stellt nun die Bertelsmann-Studie weiter fest? Die Situation werde sich in den nächsten Jahren ändern, denn die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Rentenalter. „Das Risiko der Altersarmut wird bei normaler Beschäftigungs- und Zinsentwicklung in den kommenden 20 Jahren weiter zunehmen und dann ein Fünftel aller Personen im Alter von 67 Jahren betreffen“. Besonders verschlechtern werde sich die Situation im Osten Deutschlands. „Für die Senioren in den neuen Ländern wird es wie eine Vertreibung aus dem Paradies sein“ - formuliert die Studie drastisch - bewirkt durch zwischenzeitlich hohe Arbeitslosigkeit und den Niedriglohnssektor. Dadurch konnten nicht genügend Anwartschaften erworben werden, um ein Rentenniveau oberhalb der Armutsgrenze zu erreichen. Bis 2036 würde sich die Zahl der auf Grundsicherung angewiesenen Rentner verdoppeln auf dann 11,2 Prozent (von bisher 5,5 Prozent). So neu ist dies alles nicht. Das hohe Armutsrisiko droht besonders Menschen ohne Berufsabschluss, Migranten der ersten Generation, Langzeitarbeitslosen und auch alleinstehenden Frauen - vermerkt die Studie.



Diesen beiden Figuren geht's gut. Aber wie sieht es bei den Kindern und Kindeskindern der realen Seniorinnen aus? Die Bertelsmann-Studie macht keine großen Hoffnungen zur besseren Rentenentwicklung

Wirtschaftsinstitut und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) haben im Auftrag der Stiftung festgestellt, dass sich die Rentner-Situation in den nächsten Jahrzehnten rapide ändern wird. Das sagt aber schon seit Jahren der DGB mit seinen acht Einzelgewerkschaften - federführend ver.di - und weist auf die zu erwartende Misere hin. Deshalb fordert der DGB: Die Rente muss zum Leben reichen - und hat dieses Thema in den Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes gestellt.

So neu ist die Erkenntnis der Studie also nicht. Auch die Sozialverbände, wie Volkssolidarität und Sozialverband Deutschland, warnen schon seit Jahren vor der zu erwartenden Altersarmut. Aber bisher reagierten die Bundesregierungen so gut wie nicht. Die Absenkung des Rentenniveaus wurde weiter vorangetrieben, so dass es jetzt knapp unter 48 Prozent liegt. Geht es nach CDU/CSU, könnte es sich bis 2030 auf etwa 43 Prozent einpendeln. Damit ist für künftige Rentner-Generationen Altersarmut vorprogrammiert. Tatsächlich müssen schon heute viele Rentner ihren Alltag mit Einschränkungen bestreiten, das weiß auch die Bertelsmann-Studie. Wahrlich keine neue Erkenntnis. Statistisch sind gegenwärtig bereits heute rund 16 Prozent armutsgefährdet. Jeder 20. Ruheständler lebe jetzt schon auf Sozialhilfeniveau, 5,5 Prozent

Worum muss der DGB in der Rentenkampagne intensiver kämpfen als bisher? Einfrieren des bisherigen Niveaus auf 48 Prozent genügt nicht - eine Wiederanhebung auf 50 Prozent ist notwendig. Noch besser wäre es, sich der Forderung der LINKEN anzuschließen, die die Schmerzgrenze bei 53 Prozent sieht. Allerdings hat ver.di eine eigene Initiative gestartet. Sie fordert die Mitglieder auf, sich an die Bundestagskandidaten ihres Wahlkreises per vorbereiteter e-Mail zu wenden mit der Forderung, sich für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik einzusetzen.

Zum Schluss kommt die Bertelsmann-Studie zu der Feststellung: Mit der Stabilisierung des Rentenniveaus bei 43 Prozent würden Normal- und Besserverdienende nicht von Altersarmut bedroht; schließlich sei die gesetzliche Rente nur eine Form der Altersvorsorge. Es gäbe ja noch die Betriebsrenten, die Riester-Renten, Lebensversicherungen und andere Geldeinnahmen. Den „Risikogruppen“ werden diese Töpfe allerdings nicht helfen, denn die hatten nie genug Einkommen, um in eine zusätzliche Rente einzuzahlen. Wo also bleiben Lösungsvorschläge für Frauen und Männer, denen das Armutsrisiko im Alter droht?

→Volker Pispers zur Altersarmut

## Die LINKE vor der Bundestagswahl

### Mit oder ohne?

Von Kurt Pittelkau

Katja Kipping sprach mal von Ermutigung und dass durch die Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten zur Bundestagswahl „Wechselstimmung“ ins politisch erstarrte Land gekommen sei. Das war falsch, und der Parteivorsitzenden wurde von Genossen auch widersprochen. Ihr Co-Vorsitzender Bernd Riexinger relativierte, meinte, sie würden halt eine „pluralistische linke Partei“ führen. Aber ein Impuls ist damit gesetzt. Wie in der Medizin ist in der Bündnisfrage Diagnosesicherheit gefragt – noch vor der Therapie. Grundlage dafür liefern die Symptome.

Die Zeitung „Neues Deutschland“ erkennt Versuche, die SPD „über den Rubikon des Koalitionsbruchs zu ziehen. Und der parlamentarische Streit würde depolarisiert mit Anträgen der LINKEN, die spezifisch sozialdemokratische Forderungen bedienen.

Schon in der Bundespräsidentenfrage hatte sich durch die Wahl Frank-Walter Steinmeiers die SPD gegen CDU und CSU durchgesetzt. Da wäre es von der Linken klüger gewesen – mit Blick auf eine Bundesregierung – keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, dessen Nominierung das weitergreifende Ziel beschädigen könnte.

Besser wäre gewesen, dem Konzept von Bernd Riexinger zu folgen, das er in der „Passauer Neuen Presse“ entworfen hatte: „Wir sollten 2017 vor den Bundestagswahlen mit der SPD einen Lagerwahlkampf gegen die Bürgerlich-Konservativen führen!“ Linke müssten gemeinsam „um Hegemoniefähigkeit ringen. Es kommt darauf an, dass es wieder normal wird, Kapitalinteressen infrage zu stellen statt danach zu glotzen, wie die Märkte reagieren. Einige Kernfragen linker Politik müssen erst noch mehrheitsfähig werden, bei anderen haben wir schon gute Fortschritte gemacht.“ Gregor Gysi attestierte der LINKEN daraufhin, sie sei „saft- und kraftlos“, wobei Kipping als „Brückenbauerin“ gelten würde.

Die Berliner Spitzenkandidatin Petra Pau meint: „Es gibt Mehrheiten für Veränderungen. Wir arbeiten an unserem Beitrag dazu.“ Vor allem in der Sozial- und Innenpolitik müsse die LINKE Alternativen bieten.

Und der Bundesgeschäftsführer der LINKEN Matthias Höhn verweist auf „enttäuschte SPD-Wähler“. Die SPD wolle derzeit keinen Politikwechsel. Sie liebäugle sogar wieder mit der FDP und bleibe bei sozialen Themen unkonkret. „Vielleicht lernen die Sozialdemokraten noch hinzu. Dann müssen sie ebenso wie wir die Troika Merkel, Schäuble, Seehofer als ihre Hauptgegner ausrufen und nicht uns.“

Für Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, die Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, ist klar: Nur mit ihrer Partei wird eine radikale Abkehr von der bisherigen Politik, ein „Politikwechsel“ möglich. Bündnispartner würden an Bereitschaft dazu gemessen. „Weder bei einer Fortsetzung der großen Koalition, noch in einer Jamaika-Koalition, einer ersten schwarz-grünen oder einer Ampel-Koalition, wird es einen politischen Richtungswechsel geben.“

→Alteninformant Pit



Foto: Privat

Kurt Pittelkau

## Rentenanpassung 2017

### Durststrecke erst einmal beendet

Von Dr. Judith Kerschbaumer\*

Auch 2017 steigen die Renten wieder ordentlich. So werden sie zum 1. Juli in den alten Bundesländern um 1,9 und in den neuen Bundesländern um 3,6 Prozent angehoben und orientieren sich damit weitgehend am Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Löhne und Gehälter. Eine Rente von 1000 Euro erhöht sich damit in den alten Bundesländern um knapp 20 Euro, in den neuen Bundesländern um 36 Euro. Für die weitere Zukunft jedoch wird sich der Nachhaltigkeitsfaktor, der das Verhältnis von sozialversicherungspflichtigen Jobs zur Zahl der RentnerInnen widerspiegelt, dämpfend auf die Rentenanpassungen auswirken. Dann nämlich, wenn die Babyboomer-Generation ab ca. dem Jahr 2020 in Rente geht. Und dies zu einer Zeit, wenn die RuhestandlerInnen Rentensteigerungen am dringendsten benötigen, weil die Kosten im Gesundheits- und Pflegebereich anzusteigen drohen und die Rentenanpassungen mit der Lohnentwicklung nicht mehr Schritt halten können. Darüber hinaus müssen NeurentnerInnen ab 2040 ihre Rente voll nachgelagert besteuern.

Das betrifft nur in geringem Maße diejenigen, die bereits in Rente sind. Genauso verhält es sich mit dem sinkenden Rentenniveau. Wegen der Schutzklausel (§ 68a SGB VI) kann nach geltendem Recht der Zahlbetrag der Rente nicht sinken. Wer also bereits Rente bezieht, kann nicht weniger bekommen. Aber all diejenigen, die den Renteneintritt noch vor sich haben, werden bei einem weiterhin dramatisch sinkenden Rentenniveau nämlich dann, wenn sie in Rente gehen, weniger im Geldbeutel haben. Hinzu kommt die höhere steuerliche Belastung. Keine guten Aussichten für die künftigen Rentnerinnen und Rentner! Für Viele ist so Armut im Alter vorprogrammiert.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass das Rentenniveau und die Bekämpfung der Armutsrisiken weiterhin im Zentrum der Rentenkampagne des DGB und seiner Gewerkschaften stehen, um die Parteien mit Blick auf die Bundestagswahl zu einem Kurswechsel in der Rentenpolitik zu bewegen.

\* Leiterin des Bereichs Sozialpolitik bei der ver.di-Bundesverwaltung

## DuMont Mediengruppe

### Verhaltene Freude in Köln

DuMont hat seinen Umsatz 2016 um ein Prozent auf 592 Millionen Euro steigern können, wie das Unternehmen am 22. Juni 2017 mitteilte. Das um Sondereinflüsse bereinigte Ebitda (=Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände) hat sogar um 42 Prozent auf 67,2 Millionen Euro zugenommen. Der Nettoprofit (Jahresüberschuss) lag allerdings mit 3,2 Millionen Euro deutlich unter den beiden Vorjahren. Die Belegschaftszahl ist von 3.376 auf 3.637 gestiegen.

Der Vorstandsvorsitzende Christoph Bauer wertet das Geschäftsergebnis als Beleg dafür, dass „unsere Strategie greift“. Man werde weiter steigende Umsätze und Gewinne erzielen können.

Die DuMont Mediengruppe hat schwere Zeiten hinter sich. Im Geschäftsjahr 2011 waren mehr als 700 Millionen Euro Umsatz erzielt worden. Für 2012 stand dann ein Verlust von 112 Millionen Euro in den Büchern – verursacht vorrangig durch das Desaster bei der „Frankfurter Rundschau“.

Aber auch beim 2009 übernommenen Berliner Verlag („Berliner Zeitung“, „Berliner Kurier“, „Hamburger Abendblatt“) wurden Verluste erwirtschaftet – von einem dreistelligen Millionenbetrag ist die Rede. Was folgte waren Stellenstreichungen und andere Sparprogramme. In Berlin wurde eine „Newsroom GmbH“ mit 140 Stellen geschaffen, auf die sich die bisherigen 190 Redakteure bewerben konnten. Mit diesem Konstrukt am Rande der Legalität sparte man sich die Sozialauswahl bei den Entlassungen. Das war's aber noch nicht: Dem Betriebsrat wurden mehr als 90 „Kündigungsvorschläge“ unterbreitet, denen er widersprochen hat.

Gespart und entlassen wird auch am Stammsitz in Köln, wo DuMont den „Stadt-Anzeiger“ und den „Express“ herausbringt. →Quartalsberichte

Quelle: Quartalsberichte zur Medienwirtschaft für den Zeitraum April bis Juni 2017 von Gert Hautsch (Auszug)



Foto: ver.di

## Klassenkampf im Mäuseland

Von Tommy Douglas\*

Dies ist die Geschichte von Mäuseland. Mäuseland war ein Ort, an dem all die kleinen Mäuse lebten und spielten, geboren wurden und starben. Sie lebten eigentlich ganz so wie du und ich.

Sie hatten sogar ein Parlament. Und alle vier Jahre gab es eine Wahl. Sie gingen an die Urnen und gaben ihre Stimmen ab. Ganz so wie du und ich. Bei jeder Wahl gingen also all die kleinen Mäuse zahlreich an die Wahlurnen und wählten eine Regierung. Eine Regierung von großen, fetten, schwarzen Katzen.

Jetzt mögt ihr denken, dass es seltsam sei, wenn Mäuse sich Katzen als Regierung wählen, aber betrachtet nur einmal die Geschichte Kanadas der letzten 90 Jahre. Und ihr werdet vielleicht erkennen, dass sie nicht viel dümmer waren als wir. Ich will gar nichts gegen die Katzen sagen. Das waren nette Leute. Sie führten die Regierungsgeschäfte mit Würde.

Sie machten gute Gesetze – das heißt gut für Katzen. Aber waren die Gesetze auch sehr gut für Katzen, so waren sie doch eher schlecht für die Mäuse. Eines der Gesetze besagte, dass ein Mäuseloch groß genug für eine Katzenpfote sein musste. Ein anderes legte Geschwindigkeitsbegrenzungen für den Lauf der Mäuse fest, so dass eine Katze sich für ihr Frühstück nicht allzusehr anstrengen musste.

All die Gesetze waren gute Gesetze. Für Katzen. Aber ach! Wie hart waren sie zu den Mäusen! Das Leben wurde schwerer und schwerer. Als die Mäuse es nicht länger ertragen konnten, beschlossen sie, etwas zu unternehmen. Also zogen sie in großer Zahl zu den Wahlen. Sie wählten die schwarzen Katzen ab. Stattdessen wählten sie die weißen Katzen in die Regierung.

Die weißen Katzen hatten eine großartige Kampagne geführt. Sie sagten „Was in Mäuseland fehlt, sind politische Visionen!“ Sie sagten „Das Problem in Mäuseland sind diese runden Mäuselöcher, die wir hier haben. Wenn

ihr uns wählt, werden wir rechteckige Mäuselöcher einführen.“ Und das taten sie. Und die rechteckigen Mäuselöcher waren doppelt so groß wie die runden. Nun konnte eine Katze mit beiden Pfoten hineinlangen. Das Leben wurde schwerer als je zuvor. Als sie es nicht mehr ertrugen, wählten sie die weißen Katzen ab und setzten die schwarzen Katzen wieder ein. Dann wählten sie wieder die weißen Katzen, dann wieder die schwarzen. Sie versuchten es mit zur Hälfte schwarzen und weißen Katzen. Das nannten sie Große Koalition. Sie wählten sogar eine Regierung aus gepunkteten Katzen. Das waren Katzen, die versuchten, wie Mäuse zu klingen, doch sie ernährten sich genauso wie die anderen Katzen.

Seht ihr, Freunde, das Problem hatte nichts mit der Farbe der Katzen zu tun. Das Problem war, dass es Katzen waren! Und weil es Katzen waren, kümmerten sie sich natürlich um die Interessen der Katzen statt um die der Mäuse.

Schließlich jedoch war da eine kleine Maus, die hatte eine Idee. Und sie wandte sich an ihre Artgenossen und sprach: „Schaut Freunde! Warum wählen wir immer wieder eine Regierung, die nur aus Katzen besteht? Warum wählen wir nicht stattdessen eine Regierung aus Mäusen?“ „Oh!“ riefen die Mäuse erschreckt, „Er ist ein Kommunist! Sperrt ihn ein!“ Und so sperrten sie ihn ins Gefängnis.

Aber ich will euch daran erinnern, dass man eine Maus oder einen Menschen einsperren kann, eine Idee aber nicht!

\* Thomas Clement „Tommy“ Douglas, (1904-1986) war ein kanadischer sozialdemokratischer Politiker, 17 Jahre lang Premierminister der Provinz Saskatchewan. Diese Regierung war die erste sozialdemokratische in Nordamerika und begründete das öffentliche Gesundheitssystem in Kanada.



Photo: @shababey (Creative Commons CC0)

### 11. ver.di-DruckerTage

Einmal im Jahr ist Zeit, um über Themen nachzudenken, für die sonst kein Platz ist, um den Kopf frei zu pusten und frische Gedanken hineinzulassen – dafür stehen die DruckerTage. Das Thema:

#### Rechtspopulismus in Deutschland und Europa

## ZERBRICHT DIE EUROPÄISCHE UNION?

Hier geht es um Rechtspopulismus in Deutschland und Europa, aber auch um die Frage, wer die völkischen Parteien und Bewegungen von Frankreich über die Niederlande bis zur AfD in Deutschland stark gemacht hat. Die Rechten wollen ein Europa, das sich abschottet und die Grenzen hochzieht. Das wollen wir nicht, aber auch nicht das unsoziale Europa, wie es zurzeit herrscht. Viel Stoff zum Diskutieren mit Gerd Wiegel, Referent der Bundestagsfraktion Die Linke, und mit Steffen Lehndorff, Mitinitiator der Bewegung »Europa neu begründen«.

**Vom 17. bis 19. November im ver.di-Bildungszentrum Gladenbach (Hessen)**

Anmeldungen bis 29. September.

Weitere Infos und Anmeldeformular bei Frauke Menze, ver.di – Bundesverwaltung

Telefon: (030) 69 56 23 18 ► Telefax: (030) 69 56 36 54 ► frauke.menze@verdi.de

Buchempfehlung**Die Rechnung ohne den Gast gemacht**

Von Wolfgang Breuer

Zugegeben: Ich sehe oft die Tagesschau. Eingeräumt: Ich ärgere mich oft über die Tagesschau. Weil ich meinen Rundfunkbeitrag dafür zahle, aber nicht das bekomme, was ich bestellt habe, nämlich einen objektiven Überblick über die Weltlage. In einem Restaurant würde ich das verpfuschte Gericht zurückgehen lassen, die Nachrichten kann man nicht zurückschicken. Oder doch: Die Journalisten Uli Gellermann, Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam haben jetzt Ungenießbares zurück in die Tagesschau-Küche geschickt – mit detaillierter Kritik an Köchen und Zutaten.

Ihr Buch „Die Macht um Acht“ erinnert nicht nur an die Ursprünge der meist gesehenen Nachrichten-Sendung, die im Geheimdienst-Sumpf lagen, es sichtet auch den Nachrichten-Markt, auf dem Monopolisten wie dpa, Reuters, AP und AFP die Meinungshoheit

haben. Vor allem aber weist es in dokumentierten Programmbeschwerden nach, wie Nachrichten verfälscht oder unterschlagen werden. Wie Neonazis in der Ukraine zu „regierungstreuen Kämpfern“ geheiligt wurden, wie der Prominenten-Appell „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ verschwiegen, Putin ohne Fakten als Hacker-Zar verdächtig wurde.

Das Buch ist eine wunderbare Sehhilfe für Tagesschauer, es schärft den Blick auf Bilder und Formulierungen. Für alle, bei denen bisher unartikulierte Unbehagen grummelt, weist es mit großer Sach- und Fachkenntnis Wege zur Reklamation. Es stiftet zum kritischen Unfrieden mit dem Mainstream-Brei der Herrschenden an und ist zugleich ein wichtiges Buch für die Friedensbewegung – weil die Produktion von Feindbildern in den Medien auch immer ein Schritt zur Kriegsvorbereitung ist. Ich werde weiter die Tagesschau sehen, aber alles Ungenießbare, Ungare, Verfälschte und Verdorbene zurück gehen lassen. Man sollte die Beitragsrechnung nicht ohne den zahlenden und mündigen Gast machen!

→Rationalgalerie



**Uli Gellermann, Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: „Die Macht um acht – Der Faktor Tagesschau“**  
Neue Kleine Bibliothek 241, 173 Seiten, ISBN 978-3-89438-633-7

**Entzogene Akkreditierungen beim G-20-Gipfel**

**ver.di erwartet Aufklärung und Rechenschaft vom Bundesdatenschutzbeauftragten, Bundeskriminalamt und Bundespresseamt.**

Wegen des Umgangs des Bundespresseamts und der Polizei mit akkreditierten Journalistinnen und Journalisten im Rahmen des G-20-Gipfels in Hamburg hat die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di die Bundesdatenschutzbeauftragte, Andrea Voßhoff, per Brief um Aufklärung der Vorgänge gebeten. Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden. In weiteren Schreiben an den Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, und den Chef des Bundespresseamtes, Steffen Seibert, wird die Rolle der Bundesbehörden hinterfragt.

„Das Vorgehen des Bundespresseamts und der Polizei am Medienzentrum ist aus mehreren Gründen skandalös und rechtswidrig. Dass Listen in mehrfacher Ausführung kursierten und offen einsehbar waren, auf denen die Namen von Journalistinnen und Journalisten standen, denen die Akkreditierung entzogen wurde, verstößt gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht und die allgemeinen Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Es handelt sich zudem um Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz, weil Daten auf diesen Listen unbefugt erhoben, weitergegeben und angenommen wurden. Das wiegt umso schwerer, als wir seit Jahren mit Vertretern der Innenministerkonferenz kritisch über das Thema Akkreditierungen und Datenschutz diskutieren. Uns wurde von Seiten der Behörden immer versichert, personenbezogene Daten würden weder gespeichert noch weitergegeben. Beides ist hier und in anderen Fällen jedoch erfolgt. Eine gesetzliche Grundlage dafür ist nicht erkennbar. Mit Blick auf den gesamten Vorgang und dem letzten Entzug der Akkreditierungen wurde die Verhältnismäßigkeit auch mit Blick auf die grundgesetzlich geschützte Presse- und Meinungsfreiheit nicht gewahrt“, kritisierte die dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß.

„Wir verlangen eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge, darunter auch der Frage, welche Rolle möglicherweise das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie ausländische Behörden bei der Erstellung der Listen gespielt haben. Die Betroffenen müssen umfassend informiert und die erhobenen Daten vernichtet werden, dies zu verfolgen und zu kontrollieren obliegt der Bundesdatenschutzbeauftragten ebenso wie die Einleitung geeigneter Maßnahmen gegen die für die Vorgänge Verantwortlichen“, so Haß.

Die dju in ver.di hat für mehrere Journalistinnen und Journalisten, denen die Akkreditierung entzogen wurde, beim BKA und beim Bundespresseamt formell Widerspruch eingelegt und angekündigt, den Vorgang auf dem Rechtsweg vor das Verwaltungsgericht zu bringen. →Polizeigewalt gegen Presse

Stationäre Altenpflege**Altenpflege braucht mehr Personal und bessere Löhne**

Von Peter Asmussen

Die Arbeitsbedingungen in der Altenpflege sind alles andere als top. Die Hälfte aller Pflegefachkräfte arbeiten in Teilzeit. Der Job ist körperlich und seelisch belastend: Schichtarbeit, Überstunden, Holen aus dem freien Tag, Nacharbeit, – das alles kann krank machen. Oft arbeiten Pflegekräfte fünf oder sechs Wochen ohne einen freien Tag. Die Folge: Depressionen, Schlafstörungen, chronische Schmerzen und andere psychosomatische Erkrankungen. Obwohl Pflegekräfte eine hohe gesellschaftliche Anerkennung genießen – das zeigen alle einschlägigen Umfragen – ist ihre Bezahlung miserabel. Die Löhne in der Altenpflege gehören zu den niedrigsten im Gesundheitsbereich. Wundert sich da noch jemand über den Fachkräftemangel? Nur tarifgebundene Arbeitgeber zahlen deutlich besser. Wertschätzung, die sich durch angemessene Entlohnung und eine ausreichende Personalbemessung ausdrückt, würde den Beruf attraktiver machen. Und das wiederum käme den pflegebedürftigen Menschen zugute.

Die SeniorInnen im Berliner ver.di-Fachbereich Gesundheits- und Sozialwesen möchten mit ihrer „SeniorInnenaktion Stationäre Altenpflege“ dazu beitragen, die Arbeitssituation in den Pflegeberufen zu verbessern. Sie wollen damit neue Mitglieder gewinnen. Das Fernziel: Tariffähigkeit! Dazu wird vor

den Heimen Informationsmaterial in Form von Flugblättern und Zeitungen an die Beschäftigten verteilt, die dazu auffordern, sich gewerkschaftlich zu organisieren und für Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen einzutreten. Wenn auf diesem Weg gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte in den Heimen entstehen, wäre das ein weiterer Erfolg. Die ersten Verteilaktionen sind schon gelaufen, vor den Heimen eines großen, teuren, privaten und tariffreien Pflegeanbieters. Weitere Verteilaktionen sind geplant.

Um mehr Heime „besuchen“ zu können, werden noch Kolleginnen und Kollegen gesucht, die zwischen 13:00 und 15:00 Uhr, das die Zeit des Schichtwechsels, mitmachen wollen. Die Aktiven treffen sich zum Erfahrungsaustausch, zur Vor- und Nachbereitung, zur Fortbildung – und sie garantieren sogar, dass die Sache Spaß macht. Wer mitmachen will, melde sich bitte beim Kollegen Michael Musall (Fachbereich 3), Telefon 030-88 66 52 56, Mobil 01 70-574 85 54 oder per Mail an michael.musall@verdi.de

Wer möchte nicht, wenn sie oder er im Pflegeheim landet, AltenpflegerInnen um sich haben, die nicht nur gesellschaftliche Wertschätzung erfahren, sondern die in ihrem anstrengenden Beruf anständig bezahlt werden, und die nicht wegen chronischem Personal-mangel ständig in Hetze sind.



Ein heimliches Pilotprojekt des rot-rot-grünen Senats? Diese Alternative zur aktuellen Wohnungspolitik entdeckte unser Fotograf im Norden Berlins: Ein altes Automobil, in dem die reduzierte Habe der Bewohner untergebracht werden kann. Schlafen ist auf dem begrünten Randstreifen des Bürgersteigs möglich

## Wohnen muss bezahlbar sein!

Von Ingeborg Gotthold

**Durch eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik muss für jeden Bürger dauerhaft angemessener und bezahlbarer Wohnraum gesichert werden.**  
(Artikel 28 der Berliner Landesverfassung)

80.000 bis 120.000 bezahlbare Wohnungen fehlen in Berlin, schätzt der Mieterverein. Wohnungen, auf die über die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner mit Wohnberechtigungsschein einen gesetzlichen Anspruch haben. Und die Mieten steigen. Um 4,6 Prozent im laufenden Jahr auf durchschnittlich 6,39 Euro pro Quadratmeter. Am stärksten betroffen sind die Altbauwohnungen mit einem Plus von 6,3 Prozent. Junge Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen mit geringer Rente, Menschen mit prekärer Beschäftigung, Arbeitslose und neuerdings auch Menschen mit mittlerem Einkommen werden so verdrängt. Die Zahl derjenigen, die sich die teuren, frei finanzierten Wohnungen nicht leisten können, nimmt stetig zu.

Wo sind die Instrumente, um das zu stoppen? Der neue Mietspiegel 2017 hat die Möglichkeit legalisiert, höhere Mieten zu verlangen. Spätestens im Herbst werden zigtausend Berliner MieterInnen eine Mieterhöhung auf dem Tisch haben. Vor allem die Bewohner von Altbauten (vor 1918) müssen mit dem Schlimmsten rechnen. Die so genannte Kappungsgrenze erlaubt eine Mieterhöhung von 15 Prozent innerhalb von drei Jahren. Und die Mieterhöhungen von Morgen können bis zu 17,4 Prozent betragen, heißt es in einer Presseerklärung des Mietervereins zum Mietspiegel 2017. Hinzu kommen Regelungen, die sich auf Wohnungsgröße und Einkommen beziehen. Wohngeldzuschüsse werden nur gezahlt, wenn die Größe der Wohnung den Regelungen entspricht. Ein Einpersonenhaushalt darf nur ca. 40 Quadratmeter bewohnen und ein Jahreseinkommen von ca. 12.000 Euro haben. Wohnt z.B. ein Single in einer 80-Quadratmeter-Wohnung, ist sie zu groß, um Wohngeld zu beantragen. Sie/er müsste in eine kleinere Wohnung umziehen. Aber kleinere preiswerte Wohnungen gibt es kaum, außerdem sind sie meistens teurer als die bisherige Wohnung.

Verdrängung steht auf der Tagesordnung, insbesondere durch Modernisierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Die Milieuschutzgebiete, die das verhindern sollen, bieten davor nur einen

eingeschränkten Schutz und die Modernisierungsumlage von 11 Prozent gilt weiter. Bodenspekulationen werden so nicht aufzuhalten sein. Die Mietpreisbremse ist nicht nur ein zahnlöser Tiger, sondern ein harmloser Waschbär. Zwei Fälle sind bekannt, wo Mieter den Mut hatten, gegen den Vermieter zu klagen – mit Erfolg. Die „Schwächsten“ haben keine Chancen, sich zur Wehr zu setzen. Die Mitte der Stadt ist bereits sozial entmischt. Es gibt dort kaum noch Bauland für den sozialen Wohnungsbau. Das Verdrängen der durchschnittlich oder schlecht verdienenden Menschen an den Rand der Städte und auf das Land ist in vollem Gange.

Die Wohnungsbaugesellschaften sollen es nun richten. In den kommenden vier Jahren darf bei ihnen die Miete nur um zwei Prozent jährlich steigen. 60 Prozent der Neuvermietungen müssen an Personen mit Wohnberechtigungsschein vergeben werden. Dafür erhalten Wohnungsbaugesellschaften für den Neubau bezahlbares Bauland. Von 6.000 neu gebauten Wohnungen sollen zu mindestens 50 Prozent an Mieter mit Wohnberechtigungsschein abgegeben werden, für eine

Nettokaltmiete von 6,50 Euro. Und in älteren Gebäuden darf sie höchstens um 6 Prozent der aufgewendeten Modernisierungskosten erhöht werden. Ein erster Anfang für die Mieterinnen und Mieter in den rund 317.187 (Stand 2016) Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Das reicht für die große Nachfrage jedoch nicht aus, denn es fallen nach wie vor Sozialwohnungen aus der Belegungsbindung. 20.000 müssten daher jährlich neu gebaut werden.

Und welche Ideen hat die Politik? Verdichtung der Innenstädte. Eine neue Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“, die laxere Vorgaben zu Lärmschutz und Bebauungsdichte macht, soll Bauprojekte in Städten erleichtern. Lückenschlüsse und Dachaufstockungen sollen neuen Wohnraum bringen, auch wenn das vielleicht manchem Altmietler oder -eigentümer nicht passt, denn „Niemand hat eine Garantie, dass man seinen freien Blick behält“, sagt die Nachministerin Barbara Hendricks (SPD), „es sei denn, man wohnt am Meer.“ Schöne Ironie!

\* Der Arbeitskreis hat 32 Mitglieder, die sich aus VertreterInnen der DGB Gewerkschaften zusammensetzen.



Ingeborg Gotthold, Vorsitzende des Arbeitskreises Wohnen\*

Foto: Privat

# ver.di-Fachbereiche sollen sich neu aufstellen

Von Peter Schrott

**ver.di soll umgebaut werden, das hat jedenfalls der Bundesvorstand beschlossen und ein Papier vorgelegt, von dem man den Eindruck haben könnte, McKinsey hat es diktiert. Danach sollen die Fachbereiche von jetzt 13 auf 4 reduziert werden. Noch weiss niemand so genau, wohin der Zug fahren wird, aber jetzt sollen schon entscheidene Weichen gestellt werden. Da bleibt nicht viel Zeit für eine gründliche Diskussion. Die ist offensichtlich auch nicht eingeplant. Dagegen protestiert der Landesbezirksfachbereichsvorstand der Fachgruppe Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg (Wortlaut Seite 8). Peter Schrott erklärt die jetzige Organisationsstruktur und das Vorhaben des ver.di-Bundesvorstandes.**

Höchstes Organ von ver.di ist der Bundeskongress, der alle vier Jahre zusammentritt. Er legt die Grundsätze der Gewerkschaftspolitik fest, wählt und entlastet den Bundesvorstand und den Gewerkschaftsrat. Die Gewerkschaft gliedert sich sowohl in Ebenen, Fachbereiche und Personengruppen auf. Fachbereiche und Personengruppen bilden eigene Organe und Gremien auf örtlicher Ebene (IV.), Bezirksebene (III.), Landes- (II.) und Bundesebene (I.).

## Gewerkschaftsrat

Zwischen den Bundeskongressen ist der Gewerkschaftsrat das höchste Organ von ver.di. Er besteht aus Vertretern der Landesbezirke und Fachbereiche sowie der Personengruppen Frauen, Jugend und Senioren. Der Gewerkschaftsrat wacht über die Einhaltung der Satzung, genehmigt den jährlichen Haushalt, nimmt die Jahresabschlüsse zur Kenntnis und kontrolliert den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand übernimmt alle Tätigkeiten, die nicht durch Satzung dem Bundeskongress oder Gewerkschaftsrat vorbehalten sind. Er führt die Geschäfte von ver.di und vertritt die Gewerkschaft nach innen und außen. Der Bundesvorstand besteht aus einem Vorsitzenden, den Leitern der Fachbereiche und aus bis zu fünf weiteren Mitgliedern. Derzeit gehören dem Gremium 14 Personen an.



**Peter Schrott, seit 1960 Gewerkschaftsmitglied. Erst in der IG Bau, dann IG Druck und Papier, IG Medien und seit März 2001 in ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Mitglied im Landesbezirksfachbereichsvorstand Berlin-Brandenburg**

## Ortsverein, Bezirk, Landesbezirk

Kleinste regionale Einheit sind die Ortsvereine, die dann gebildet werden können, wenn regional mehrere Fachbereiche existieren. Sie sollen die Zusammenarbeit der Mitglieder fördern und vereinfachen. Über der Ortsebene existieren bundesweit Bezirke, denen wiederum die Landesbezirke übergeordnet sind. Über den regionalen Zuschnitt von Bezirken entscheiden diese einvernehmlich, während Landesbezirke vom Gewerkschaftsrat eingerichtet werden. Derzeit gibt es in ver.di zehn Landesbezirke, einschließlich Berlin-Brandenburg.

## Fachbereiche, Fachkommissionen

Die Fachbereiche orientieren sich an den Branchen der Mitglieder und nehmen die „Aufgaben der fachbezogenen Mitglieder- und Betriebsnahen Interessenvertretung“ wahr. Sie legen ihre innere Struktur selbst fest und besitzen eigene Statuten, die der Zustimmung des Gewerkschaftsrates bedürfen. Derzeit gibt es diese 13 Fachbereiche Finanzdienstleistungen; Ver- und Entsorgung; Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen; Sozialversicherung, Bildung, Wissenschaft und Forschung; Bund und Länder; Gemeinden; Medien,

Kunst und Industrie (einschließlich Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union und Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller); Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung; Postdienste, Speditionen und Logistik; Verkehr; Handel und Besondere Dienstleistungen. Innerhalb der einzelnen Fachbereiche können Fachgruppen und Fachkommissionen gebildet werden, um die spezifischen Interessen einzelner Berufsgruppen zu fördern.

## Personengruppen

Neben den Fachbereichen sieht die Satzung von ver.di vor, dass auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene Personengruppen gebildet werden. Derzeit existieren insgesamt acht Personengruppen: Jugend; Senior\*innen; ArbeiterInnen; BeamtenInnen; Meister, Techniker und Ingenieure; Selbständige; Erwerbslose; und MigrantInnen.

## Mitgliederzahl

Von 2001 bis 2016 sank die Mitgliederzahl von etwa 2,8 auf rund 2,1 Millionen. 2003 führten die gesunkenen Mitgliederzahlen dazu, dass unsere Gewerkschaft Stellen abbauen musste. 2007 beauftragte der Bundeskongress den Vorstand, Maßnahmen zu ergreifen, um den Mitgliederschwund aufzuhalten oder besser umzukehren. Daraufhin wurde die Kampagne „Chance 2011“ ins Leben gerufen. 2012 kam die „Perspektive 2015“. 2015 konnte der Mitgliederschwund gestoppt werden. Nun heißt das Ziel „Perspektive: ver.di wächst!“

## Jetzt wird umgebaut

Der ver.di-Bundesvorstand legte am 23. Juni 2017 ein Konzept zu einer neuen Struktur vor: „Aus 13 werden vier!“, nicht wie manche KollegInnen denken könnten „17 und vier!“

Dazu muß ich feststellen, dass mit der Schaffung von ver.di der Grundsatz bestand, dass die Beschluss- und Entscheidungsfindungs-Struktur von unten nach oben organisiert ist und die Ehrenamtlichen die Politik vorgeben, die die Hauptamtlichen umzusetzen haben! Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, dass der Bundesvorstand dieses Papier „zur Zukunft der Fachbereiche“ vorlegt, anstatt – wie laut Satzung – den Weg über den Gewerkschaftsrat zu nehmen. Denn dieser legt nach Diskussion den Vorschlag mit der entsprechenden Zeitschiene den Mitgliedern vor. Unsere normale Landesbezirksfachbereichsvorstandssitzung fand am 19. Juni 2017 statt und während der Sitzung berichtete unser stellvertretendes Mitglied im Bundesfachbereichsvorstand, dass irgendetwas mit einer Neugliederung der Fachbereiche im Busche sei. Das veranlasste uns, zum 3. Juli 2017, eine Außerordentliche Sitzung des Landesbezirksfachbereichsvorstandes festzulegen, um nach Erhalt von genauen Informationen uns mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Auf dieser Sitzung wurde eine „Stellungnahme des ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstandes Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg“ verabschiedet und an den Bundesfachbereichsvorstand versandt.

Nun schauen wir mal, ob und wann wir Ehrenamtlichen eine Antwort bekommen.



**Der ver.di-Bundesvorstand hat die Weichen schon gestellt: Die Fachbereiche sollen umstrukturiert werden. Von 13 sollen nur vier übrig bleiben. Für eine gründliche Diskussion in der Mitgliedschaft bleibt keine Zeit, befürchtet der Landesbezirksfachbereichsvorstand Medien Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg**



**Am 3. Juli 2017 beschloss der ver.di-Landesbezirksfachbereichsvorstand des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie (Fachbereich 8), Berlin-Brandenburg, einstimmig die untenstehende Stellungnahme an den ver.di-Bundesvorstand**

## Im Wortlaut

### SO NICHT!

ver.di ist eine demokratische Gewerkschaft, deren Beschluss- und Entscheidungsfindungs-Struktur von unten nach oben organisiert ist.

Das Positionspapier des Bundesvorstandes, wer auch immer dieses erstellt hat, vom 23.06.2017 zur Neuorganisation der Strukturen (sog. Fachbereiche A–D) widerspricht unserer Ansicht nach diesem Prinzip in zentralen Punkten und in grundlegender Weise.

Aus diesem Grund weisen wir dieses Papier in der vorliegenden Form zurück!

Die Gründe im Einzelnen sind wie folgt:

1. Die zeitliche Planung ermöglicht beim besten Willen keine umfassende Diskussion. Es entsteht der Eindruck, dass die Landesfachbereichsvorstände von zentraler Stelle übergangen werden sollen. De facto wollt Ihr die Struktur bereits per 2018/19 umgestellt haben (Z. 120ff.). Wie sonst sollte man die Wahl jeweils gemeinsamer Fachbereichsleitungen interpretieren? Angesichts dieser Überfallartigkeit von einer breiten Diskussion in den kommenden Wochen und Monaten zu sprechen (ver.di-NEWS, 10/2017), erscheint da – freundlich formuliert – übertrieben.

2. Der Anlass zur Umstrukturierung ist im Positionspapier völlig unzureichend geschildert. Was hindert den Bundesvorstand, in einer solchen Debatte bspw. die Mitglieder- und damit verbunden die Beitragseinnahmementwicklung oder Probleme beim Finanzausgleich darzustellen?

3. Die Formulierungen im Positionspapier erinnern stark an solche, die wir von Unternehmensberatungen gewohnt sind. Sie sind einer Gewerkschaft unwürdig. Man lasse sich z. B. Zeile 84 auf der Zunge zergehen: „Ziel der Neuaufstellung ist es, weiterhin Wachstumspotenziale besser heben zu können“. Solche und weitere ausschweifende Umschreibungen und Euphemismen sind für die Diskussion nicht zielführend. Schönreden hat noch nie geholfen!

4. Die Binnenstruktur der neuen Fachbereiche ist noch nicht geklärt, wird aber von Euch als notwendig angesehen. Den angedachten NEU-Fachbereichen fehlt die Fachlichkeit. Das ist insbesondere ein Problem, da sie die Rolle der alten übernehmen, also als Ansprechpartner/innen in Betrieben und Dienststellen fungieren, sollen (Z. 93ff.) Ihr werdet Euch sicher vorstellen können, dass die Berliner Stadtreinigung, Kinderbuchautorinnen und Bankkaufleute (um nur drei der fünf angedachten Fachbereiche stellvertretend zu nennen) komplett unterschiedliche Arbeitsalltage und -routinen, Umgangstone, Kulturen und Probleme haben. Ein weiteres Beispiel: Staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher sind derzeit in mind. drei Fachbereichen angesiedelt und nach der Großfusion könnten sie es immer noch sein (A, B und D). Ob sich Fachgruppen bspw. entlang der Arbeitgeber (Trägerschaften) oder entlang der Tätigkeiten (Professionen) organisieren sollten, wird in Eurem Papier gar nicht thematisiert.

5. Es ergibt keinen Sinn, die Zukunft der Fachbereiche ohne die Personengruppen zu diskutieren. Wie wird beispielsweise mit Selbständigen und Freien – nicht betriebsgebundenen Mitgliedern – umgegangen?

6. Ihr setzt die freiwillige Entscheidung zu Fusion, Kooperation etc. der betroffenen Fachbereiche bei diesem engen Zeitplan voraus (Z. 110ff.). Ihr nennt aber keinerlei Szenarien, was passieren würde, wenn sich ein Fachbereich gegenteilig entscheidet oder mehr Zeit benötigt.

7. Alle Fachbereiche, mit Ausnahme des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, sollen eine breitere Zuständigkeit bekommen und bisherige Fachbereichsleitungen würden wegrationalisiert (Z. 153ff.); gleichzeitig soll der Bundesvorstand vergrößert werden (Z. 161ff.). Das halten wir organisationspolitisch für nicht vermittelbar.

Wir fordern Euch auf, die Entstehungsgeschichte und den Diskussionsprozess zum vorliegenden Papier transparent zu machen! Seit wann wurde das bei euch intern diskutiert? Wer hat es maßgeblich verfasst? Wie kommt Ihr auf den spärlich bemessenen Diskussionszeitraum und diesen Zeitpunkt (kurz vor der Sommerpause)?

Wir verschließen uns der notwendigen Diskussion um die Zukunft der Fachbereiche nicht. Eine sich verändernde Arbeitsgesellschaft führt notwendigerweise auch zu Veränderungen bei Gewerkschaften.

Um die Diskussion ihrer Relevanz und ihres Umfangs entsprechend führen zu können, fordern wir Euch auf:

1. Verfolgt diesen Zeitplan nicht weiter! Gebt unserer Gewerkschaft die Zeit, die es braucht, solche Vorschläge zu diskutieren!


2. Ein neues Papier sollte bei den Organisationswahlen breitestmöglich und offen diskutiert werden.

Dabei müssen folgende Punkte unbedingt berücksichtigt werden:

- Ein konkretes Organigramm mit Aufgabenverteilung als wichtige Grundlage (zur Erleichterung der Diskussion sollten nicht nur die Zahlen der Fachbereiche, sondern die vollständigen Bezeichnungen aufgeführt werden)
- Struktur der Mitgliederbetreuung festlegen
- Einen Betreuungsschlüssel und ggf. dessen Berechnung
- Planstellen für Sekretäre/innen und Verwaltungsangestellte (diese müssen nach der Perspektive „ver.di wächst“ und der Zusammenlegung dann noch für die Arbeit in den Fachbereichen erhalten bleiben)
- Die Flächenpräsenz muss garantiert sein
- Verbesserung der Voraussetzungen zur Mitgliedergewinnung und -betreuung

Im Auftrag des LFBV Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg

## Termine



# FB 8

SeniorInnen vom Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB 8), Berlin-Brandenburg treffen sich zur

## Mitgliederversammlung

im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, am

**27. November, 11:00 Uhr, Raum 3.12**

**Organisationswahlen** (Neuwahl des Vorstands und der Delegierten für Bezirks- und Landesbezirkskonferenz)

## Erwerbslose helfen Erwerbslosen

Informationen und Unterstützung für ver.di-Mitglieder

### SGB II, SGB III, Hilfe bei Sanktionen . . .

(ohne Voranmeldung, aber unter Umständen mit Wartezeit):

Mittwoch, 16:00-18:00 Uhr: ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, Raum E.20

### SGB II, Überprüfung des Bescheides, Anrechnung von Einkommen, Umzugsaufforderung, Widersprüche . . .

Montag und Freitag 14:00-16:00 Uhr: ver.di-MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Dienstag, 10:00-13:00 Uhr und Donnerstag, 14:00-17:00 Uhr: KIEZ-Treff, Mehrower Alle 28-32, 12687 Berlin

Freitag, 14:00-16:00 Uhr: Otawistraße 15, 13351 Berlin

## WELT-UNORDNUNG

7. September bis 27. Oktober 2017  
Ausstellung der Fachgruppe Bildende Kunst  
ver.di Berlin-Brandenburg

Ausstellende Künstler: Anette Albrecht, Renate Altenrath, Ingo Fröhlich, Andreas Haltermann, Andreas A. Jähning, Karoline Koepfel, Gotthard Krupp, Carola Rümper, Anne Saleh, Ulrike Seyboth, Beate Spitzmüller, Gerti Sternberg, Barbara Salome Trost, Regina von Pock

Zur Ausstellungseröffnung am 7. September, um 18 Uhr laden wir herzlich ein

## MedienGalerie Berlin

**MedienGalerie Berlin**  
Dudenstraße 10, 10965 Berlin  
Telefon 0 30-88 66 54 02  
www.mediengalerie.org

**Öffnungszeiten:**  
Mo-Fr 14:00-16:00 Uhr  
Di 17:00-19:00 Uhr  
Do 14:00-19:00 Uhr

## Rentner helfen Rentnern

Informationen und Unterstützung für ver.di-Mitglieder

### SGB XII, Grundsicherung bei Altersrente, Sozialhilfe bei Zwangsverrentung, Wohngeld

im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin.

**Nur nach telefonischer Terminvereinbarung unter der Rufnummer 0 30-88 66 41 03**

2. Podiumsdiskussion

## Ein Jahr nach der Wahl in Berlin (der Sätzer) Was hat die Politik bisher erreicht?

Am 18. September 2017, von 14:00 bis zirka 18:00 Uhr in der ver.di-Bundesverwaltung, Paula Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Saal AIDA

Eingeladen sind die wohnungspolitischen SprecherInnen der Parteien CDU, SPD, Die Linken, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus

Arbeitskreis Wohnen



## Impressum

**Redaktionsanschrift:** „Die Querköpfe“, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin. Redaktions-Mail: diequerkoepe@gmx.de

**Redaktion:** Annemarie Görne, Angelika Kurowski (Korrektur), Anna Schendel, Wolfhard Besser, Kurt Pittelkau, Peter Asmussen (Koordination, Produktion, Schlussredaktion)

**Herausgeber:** SeniorInnenvorstand im Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie im Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**V.i.S.d.P.:** Andreas Köhn, Fachbereichsleiter FB 8

Diese Online-Zeitung wird von SeniorInnen komplett ehrenamtlich hergestellt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

→Querköpfe-Archiv

Die Querköpfe Nr. 4 erscheinen im November 2017